



SOZIALDEMOKRATEN
FÜR EUROPA

12.12.1987 1087/87

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Der Pressesprecher für Europa - Politik
beim SPD-Vorstand, Willi CARL, teilt mit:

Gerd WALTER MdEP: Mittel der EG-Strukturfonds auch
für die deutschen Krisenregionen

Die von der EG-Kommission geplante und vom Europäischen Parlaments geforderte Verdoppelung der EG-Strukturfonds müssen nach Meinung der SPD-Europaabgeordneten nicht nur den ärmeren Ländern der Europäischen Gemeinschaft zugutekommen, sondern auch in den Krisenregionen der Bundesrepublik bei der Überwindung der Schwierigkeiten helfen. In einem Interview mit dem sozialdemokratischen Wochenmagazin VORWÄRTS nennt der SPD-Politiker, der auch Vorsitzender seiner Partei in Schleswig-Holstein ist, als Beispiele für diese Industriegebiete den Schiffbau und Stahl.

Walter verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß die Erhöhung der Mittel für die Strukturfonds eine Voraussetzung für die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes bis 1992 ist: "Wenn die reicheren EG-Länder nicht den Reformen des Strukturfonds zur Abhilfe des Ungleichgewichts zustimmen, dann werden im Gegenzug zum Beispiel Spanien und Portugal Maßnahmen zur Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes nicht zustimmen können."

(Den vollen Wortlaut des Interviews finden Sie auf der Rückseite dieser Pressemitteilung)

Interview mit dem Europaabgeordneten Gerd Walter

► Herr Walter, der Kopenhagener EG-Gipfel ist geplagt. Wer trägt die Schuld?

Der Kanzler hat sich zur Leitfigur des engstirnigen deutschen Agrarlobbyismus machen lassen und trägt damit persönlich einen großen Teil der Verantwortung für das Desaster in Kopenhagen. Im übrigen haben ihn ganz offensichtlich seine Gipfelpartner aufs Kreuz gelegt.

► Hat Kohl etwa nicht genügend Schularbeiten gemacht?

Wichtig wäre gewesen, daß man vorab schon unhaltbare Positionen aufgibt. Denn schließlich ist es klar, daß die Europäische Gemeinschaft ohne eine Reform der Agrarpolitik nicht mehr vorankommen kann.

Das Mengenproblem in der Agrarpolitik ist nur zu lösen durch mehr Markt. Und die sozialen Folgen von mehr Markt in diesem Bereich sind nur über direkte Einkommenszahlungen auszugleichen. Das ist der Weg, den die Sozialdemokraten seit vielen Jahren vorzeichnen für die Reform der Agrarpolitik. Diese Reformpläne finden sich in Grundzügen wieder in den Vorschlägen der EG-Kommission. Aber exakt diese Vorschläge will die Bundesregierung nicht akzeptieren.

► Was bedeuten diese Vorschläge für die deutschen Landwirte?

Jede Lösung des Mengenproblems in der EG und damit jede Beseitigung des Problems wachsender Folgekosten explodierender Überschüsse hat erhebliche soziale Konsequenzen für die kleinen und mittleren Landwirte. Der

sozialdemokratische Vorschlag garantiert, daß diese Folgen durch direkte Einkommenszahlungen für die Landwirtschaft ausgeglichen werden.

Das heißt konkret: Weniger Produktion, weniger öffentliche Mittel für unsinnige Überschüsse, für Lagerhaltung und Exportsubvention. Statt dessen öffentliche Mittel für die dringend notwendigen Einkommensbeihilfen für die Landwirte.

► Welche Folgen hat der gescheiterte Gipfel für den Binnenmarkt?

Einer der wichtigsten Punkte bei diesem Gipfel war die Frage, ob sich die Gemeinschaft endlich bereitfindet, die feierlich zugesagten verstärkten Anstrengungen zu unternehmen, das Wohlstandsgefälle in der EG auszugleichen, insbesondere für die neuen Mitgliedsländer. Wenn die reicheren EG-Länder nicht den Reformen des Strukturfonds zur Abhilfe des Ungleichgewichts zustimmen, dann werden im Gegenzug zum Beispiel Spanien und Portugal Maßnahmen zur Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes nicht zustimmen können.

Bei diesem Strukturfonds, der ärmeren Regionen helfen soll, ist im übrigen für uns entscheidend, daß auch unsere deutschen Krisengebiete mit in die Förderung einbezogen werden, wie Schiffbau und Stahl. Ich stelle mir also ein Paket für den Süden Europas, aber auch für unsere gebeutelten Regionen vor.

Interview: Beate Müller-Blattau